



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/6 - 8.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zur Tagung der Montan-Behörde	S. 1
latein-Amerika und die USA	S. 3
Kritik am Preusker-Plan	S. 5
Antwort Ollenhauers an den Kanzler	S. 7

Investitionsdebatte - und mehr

F.B. Am 14. Januar wird die Gemeinsame Versammlung der Montan-Union für drei Tage in Straßburg zusammentreten, offiziell, um sich mit dem Investitionsprogramm der Hohen Behörde zu befassen. Da die amerikanischen Dollartrauben noch reichlich hoch hängen - man hoffte ursprünglich schon 1953 einen amerikanischen Investitionskredit zu erhalten - wird die Straßburger Debatte in diesem Punkte zwar vorerst noch eine theoretische Auseinandersetzung sein, nichtsdestotrotz aber eine große Bedeutung besitzen, weil an dem Programm der Hohen Behörde und der Haltung der Gemeinsamen Versammlung abzulesen sein wird, ob sich wieder eine der vielen - und inzwischen Wirklichkeit gewordenen - Befürchtungen der SPD erfüllen wird.

Man hat eigentlich niemals darüber Meinungsverschiedenheiten gehabt, daß bei einem Investitionsprogramm im Rahmen der Montan-Union bei der Kohle die verkokungsfähige, die vor allem im Ruhrgebiet liegt, in erster Linie berücksichtigt werden soll.

"Europäisches Kriterium" aber wird das Investitionsprogramm für Eisen und Stahl sein. Die Positionen sind klar: Die Bundesrepublik, durch Krieg, Demontagen und volkswirtschaftlich

sinnlose Entflechtungen schwer geschädigt, hat seit 1946 nur ein Drittel der Summe investieren können, die Frankreich seit diesem Zeitraum in die Eisen- und Stahlindustrie, vor allem in Lothringen, hineingepumpt hat. Die französische Produktion lag schon 1952 um zehn Prozent über der des Rekordjahres 1929, während die deutsche Eisen- und Stahlerzeugung 1952 noch zehn Prozent unter der Erzeugung von 1938 lag. Frankreich fördert weitere enorme Investitionskredite, so für den Bau von sechs modernen neuen Hochöfen, und für die Vergrößerung und Modernisierung der alten Anlagen, mit dem Ziel, in den nächsten vier Jahren die Kapazität um weitere 25 Prozent zu steigern. Daneben will es Investitionen für neue Kokereien in Lothringen, um von den Ruhrkoks-Lieferungen unabhängiger zu werden, und für den gleichen Zweck wird auch das Moselkanal-Projekt propagiert. Und das alles mit der volkswirtschaftlich niemals beweisbaren Begründung, daß Investitionen im lothringischen Raum weit rentabler seien als an der Ruhr.

Die Bundesrepublik hat hingegen zunächst einmal Gerechtigkeit gefordert, das heißt Investitionen für die Beseitigung der Demontage-schäden, für Rationalisierungsinvestitionen und allerdings auch für den Wiederaufbau verlorengegangener Kapazitäten. Die Vorstellungen der Hohen Behörde und die Straßburger Debatte werden erweisen, ob man der benachteiligten Bundesrepublik Möglichkeiten geben will, konkurrenzfähig zu werden oder zu bleiben, oder ob die begünstigte Startposition Frankreichs weiter zementiert bleiben soll.

Die ganze Diskussion aber wird sich im luftleeren Raum abspielen, wenn nicht auch die aktuelle Situation der Eisen- und Stahlindustrie Berücksichtigung findet. Innerhalb der Montan-Union haben die ersten zehn Monate des Jahres 1953 einen Ausfall von rund 1,6 Millionen Tonnen Rohstahl gebracht. In der Bundesrepublik nahm die allgemeine Industrieproduktion um 8 Prozent zu, die Stahlproduktion aber sank um 12 Prozent ab. Damit ist zum ersten Mal nach dem Kriege die stetig steigende Produktionslinie unterbrochen worden. In Zahlen ausgedrückt sind in der Bundesrepublik 1953 400000 Tonnen weniger Stahl, 500000 weniger Walzstahl-Fertigerzeugnisse und rund 1,22 Millionen Tonnen weniger Roheisen erzeugt worden als 1952. Da die Situation bei den anderen Teilnehmerstaaten der Montan-Union zwar nicht ganz so ungünstig, aber ähnlich ist, wird die ganze Investitionsdebatte nur dann einen Sinn erhalten, wenn auch die Empfehlung der Hohen Behörde an den Ministerrat, eine gemeinsame aktive Konjunkturpolitik zu betreiben, ihren Niederschlag findet. Straßburg kann eine Vorentscheidung darüber bringen, ob die Kreise, die planwirtschaftliche Vorstellungen mit dem Schlagwort "Dirigismus" zu verleumden versuchen, die Oberhand gewinnen oder ob die wirtschaftliche Vernunft siegt. Die SPD wird ihrer seit Jahren vertretenen Politik treu bleiben. Sie hat die Montan-Union wegen der zu erwartenden und eingetretenen Folgen abgelehnt, sie versucht aber unermüdlich, die Gefahrenmomente zu mindern und Ansatzpunkte für eine Entwicklung zur größeren europäischen Einheit zu verstärken.

Lateinamerikanische Entwicklungen

Quito, Ende Dezember

Gedenkfeiern zu Ehren des südamerikanischen Befreiers Simon Bolivar stellten den äußeren Rahmen für wichtige militärische Verhandlungen zwischen den Regierungen von Ecuador und Kolumbien dar, die zum Abschluß eines Verteidigungspaktes zwischen beiden Ländern führten. Die latenten Konflikte im lateinamerikanischen Hexenkessel, die Roosevelts Politik der guten Nachbarschaft notdürftig verdeckt hatte, brechen nun offen auf. Die feindlichen Brüder gruppieren sich, suchen Bundesgenossen, rüsten auf. Und allmählich wird sich auch außerhalb Lateinamerikas herumsprechen, daß hier - wie überall im Bereich der "unentwickelten Gebiete" - Gefahrenquellen aufbrechen können, deren verspätete Beachtung nicht wiedergutzumachenden Schaden bringen muß.

Ecuadors unstrittener Professoren-Präsident Velasco Ibarra erklärte kategorisch, Kolumbien werde im Falle eines Angriffs mit Ecuador gemeinsam vorgehen. Kolumbiens Generals-Präsident Rojas Pinilla bezeichnete die Freundschaft seines Landes mit dem kleinen Ecuador als eine Garantie für den Frieden. Der ungenannte Friedensstörer und mögliche Angreifer ist Peru, mit dem Ecuador ständige Grenzkonflikte hat, seit es ihm im "Gewaltfrieden" von 1941 große Gebiete in Amazonien entriß. Da Peru sich aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen der besonderen Freundschaft Washingtons erfreut, hat der ecuadorianisch-kolumbianische Militärpakt eine leichte Spitze gegen die USA. Daß bei den Gedenkfeiern zu Ehren Bolivars auch der argentinische Außenminister Remorino als Gast anwesend war, macht den Sachverhalt noch deutlicher. Obwohl es verkehrt wäre, Ecuador und Kolumbien einfach zur peronistischen Einflußsphäre zu rechnen, so ist doch nicht zu leugnen, daß sich eine Achse zu bilden im Begriffe ist, die von Chile über Argentinien, Paraguay, Ecuador und Kolumbien bis nach Nicaragua in Mittelamerika verläuft. Gewollt oder ungewollt, direkt oder indirekt sprengt sie das Washingtoner Traumbild von der Einheit des amerikanischen Kontinents. Auf der andern Seite besteht eine Ost-Westachse

Peru-Brasilien, die vorwiegend pro-USA eingestellt ist. Ob der eine oder der andere der beiden Mächteblocks die größere Zahl der noch abseits stehenden Länder zu sich ziehen wird, hängt von der Wirtschaftspolitik der USA ab, die Eisenhower im Januar verkünden wird und von der Geschicklichkeit der nordamerikanischen Diplomaten in der 10. Pan-amerikanischen Konferenz, die im März in der venezolanischen Hauptstadt Caracas beginnt.

+ + +

Der Titoismus - eine Theorie ?

K.H. Gorada in Anbetracht der gegenwärtigen sehr schwierigen außenpolitischen Situation Jugoslawiens, die sich durch die Lösungsversuche des Triester Problems verschärft hat und die zweifellos auch innenpolitisch für das Tito-System verstärkte Schwierigkeiten mit sich bringt, darf die Broschüre "Marxismus oder Titoismus" als besonders aktuell bezeichnet werden. Der Titel ist allerdings insoweit irreführend, als es einerseits voreilig erscheint, vom Titoismus als Theorie zu sprechen und andererseits in dem sich anbahnenden geistigen Ringen der jugoslawischen Kommunisten zwischen Bolschewismus und den westeuropäischen Auffassungen des demokratischen Sozialismus eine Synthese zu schaffen, durchaus kein Gegensatz zum Marxismus besteht. Es wäre abwegig, den Marxismus als starres Dogma zu betrachten, die Aufgabe der marxistischen Theorie soll und kann es vielmehr nur sein, die Auffassungen der Theoretiker der modernen Arbeiterbewegung auf die jeweiligen Verhältnisse anzuwenden. Daß man dies in Jugoslawien versucht und vielleicht im Laufe einiger Jahre aus diesem Versuch eine Theorie entwickeln wird, bedeutet durchaus keinen Gegensatz zum Marxismus.

Wenn man von diesem Einwand absieht, finden sich in diesem Büchlein eine Reihe bemerkenswerter Hinweise über Jugoslawien, - Hinweise, die durch genaue Zahlen und Statistiken ergänzt werden. Es ist dem Verfasser jedenfalls gelungen, die Leser mit den wirtschaftlichen und politischen Problemen des Landes vertraut zu machen und dies geschieht nicht in schulmeisterlicher Art, sondern vielmehr von der Warte des politischen Betrachters aus.

(Walter Hoffmann: "Marxismus oder Titoismus?", Isar Verlag, München, 115 Seiten, M 4,50)

+ + +

Freie Wohnungswirtschaft - unerschwingliche Mieten

- o - Die Unruhe weiter Bevölkerungskreise im Hinblick auf die von Bundeswohnungsbauminister Dr. Freusker Anfang Dezember 1953 in Bonn verkündeten Grundsätze der künftigen Politik seines Ministeriums ist nur zu berechtigt, Maß sich doch jeder Familienvater besorgt die Fragen vorlegen: Wohin wird der Weg Freuskers führen, wie werde ich in der Ära der auf längere Sicht geplanten freien Wohnungswirtschaft die überteuerte Miete aufbringen können, wird es mir jemals gelingen, unter diesen Umständen die meiner Familiengröße entsprechende Wohnung zu beziehen ?

Wenn vonseiten der parlamentarischen Opposition oder der Gewerkschaften auf diese verständliche Besorgnis der Bevölkerung hingewiesen wurde, so war man häufig in Bonner Regierungskreisen und bei den sie tragenden Parteien sehr schnell mit einem Achselzucken und dem Vorwurf "parteitaktischen Verhaltens" der Kritiker zur Hand. Wie sehr aber die Sorgen um die künftige Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung berechtigt sind und jenseits aller parteipolitischen Überlegungen stehen, zeigen die Feststellungen, die das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Westdeutschen Bauvereinsbank o.G.m.b.H., Dortmund, Dr. Ernst Kiock, in den WVD-Diensten veröffentlicht.

Dr. Kiock weist darauf hin, daß es verfrüht sei, schon jetzt von der gebundenen zur freien Wohnungswirtschaft umzuschalten. Der Anteil der Bevölkerung, der in der Lage sei, eine Miete für eine Wohnung aus freier Marktfinanzierung zu zahlen, sei noch zu klein. Dabei geht Dr. Kiock von den Kosten einer Wohnung mit normaler Ausstattung in einer Größe von 60 qm mit Gesamtherstellungskosten von 16000,- M aus. Der Gesamtlast des Kapitalsdienstes von 6 Prozent, Abschreibungen von 1 Prozent, Bewirtschaftungskosten von 2 1/2 Prozent sowie Verwaltungskosten, Mietrisiko usw. von 1/2 Prozent, zusammen also 10 Prozent würde eine Miete von jährlich 1.600,- M entsprechen, das heißt, die Monatsmiete würde rund 133,30 M und je qm Wohnfläche 2,20 M betragen. Die von

Dr. Kiock ermittelte Miete von 2,20 M je qm Wohnfläche beläuft sich damit genau doppelt so hoch wie die sogenannte Richtsatzmiete von 1,10 M ohne die gesetzlich möglichen Zuschläge. Bei besserer Ausstattung der Wohnung werde man bei der freien Finanzierung zu einem Mietsatz von 2,50 - 2,80 M je qm monatlich kommen müssen. Dr. Kiock beantwortet somit die Frage, ob für eine normal ausgestattete Wohnung von einem Familienvater eine Miete von 133,30 M monatlich gezahlt werden kann, mit einem klaren "Nein". Sie würde bei einem schon qualifizierten Arbeiter oder einem mittleren Angestellten etwa 30-35 Prozent des Nettogehaltes ausmachen.

Diesen Berechnungen Dr. Kiocks kommen insofern erhöhte Bedeutung zu, als es sich einmal um einen bekannten Fachmann auf seinem Gebiet handelt und zum anderen Dr. Kiock durchaus ein Anhänger der freien Wohnungswirtschaft ist und diese nur für den augenblicklichen Zeitpunkt als verfrüht ansieht. Er unterstreicht damit aber die These aller Kritiker an der Wohnungsbaupolitik, daß eine freie Wohnungswirtschaft zu unerschwinglichen Mieten führen müsse. 30-35 Prozent des Nettolohnes stellen genau das Doppelte dar, was Dr. Freusker bei seinen Ausführungen als angemessen und tragbar bezeichnet hatte.

Aber Dr. Kiock stützt mit seiner Veröffentlichung praktisch auch die Forderungen der Gewerkschaften, daß Mieterhöhungen Lohnerhöhungen unbedingt nach sich ziehen müßten. Unter diesen Gesichtspunkt sind die Erklärungen Freuskers Mitte Dezember in Essen, daß die geplanten Mieterhöhungen um 10 Prozent (die ja nur ein erster Ansatz zu den noch viel rigoroseren Mietsteigerungen einer völlig freien Wohnungswirtschaft sind) kein Anlaß zu Lohnforderungen sein könnten, fast eine Provokation. Die Gewerkschaften werden gut tun, den Bundeswohnungsminister sehr nachdrücklich auf die Berechnungen des Fachmannes Dr. Kiock hinzuweisen.

+ + +

8. Januar 1954

Herrn
Bundeskanzler Dr. Konrad A D E N A U E R
B o n n

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler !

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 7. Januar 1954.

Der im Sozialdemokratischen Pressedienst vertretene Standpunkt, daß es die Erfolgsaussichten der für das Schicksal der deutschen Einheit so bedeutungsvollen Berliner Konferenz vermindere, jetzt die Anträge auf Ergänzung des Grundgesetzes durch eine Wehrverfassung zu behandeln, entspricht den Auffassungen meiner Partei.

Diese Auffassung öffentlich zu vertreten, ist das Recht und die Pflicht meiner Partei. Denn die sozialdemokratische Opposition trägt nicht minder als die Regierung die Verantwortung dafür, daß von deutscher Seite aus nichts geschieht, was die Berliner Konferenz vorbelasten könnte, sondern daß alles getan wird, was zu ihrem Erfolg beiträgt.

Ihrer Behauptung, die Aufforderung der Westmächte an die Sowjet-Union zur Einberufung einer Vierer-Konferenz gehe auf Ihre Anregung zurück, stelle ich die Tatsache gegenüber, daß Ihr Schritt die Ausführung wiederholter Bundestagsbeschlüsse darstellt, die gemeinsam von den Koalitionsparteien und der sozialdemokratischen Opposition gefaßt wurden.

Den politischen Wertungen, die Sie in Ihrem Schreiben vom 7. Januar zum Ausdruck bringen, vormag ich mich daher in keiner Hinsicht anzuschließen.

Ich möchte aber Ihnen gegenüber, Herr Bundeskanzler, mein Bedauern über die Wahl einiger Formulierungen zum Ausdruck bringen, mit denen sich der Sozialdemokratische Pressedienst gegen die Behandlung der Anträge auf Ergänzung des Grundgesetzes im gegenwärtigen Zeitpunkt gewandt hat. Es entspricht nicht der Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ihnen zu unterstellen, daß Sie einen Erfolg der Berliner Konferenz nicht wünschen. Diese Feststellung kann die politischen Gegensätze nicht berühren, so bedauerlich sie sein mögen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !
Erich O l i c k e n k a u e r

+ + +